



Erlacherhof, Junkerngasse 47
Postfach 3000 Bern 8

Telefon 031 321 62 16
Fax 031 321 60 10
stadtkanzlei@bern.ch
www.bern.ch

Schweizerischer Städteverband (SSV)
Frau Renate Amstutz
Direktorin
Florastrasse 13
3000 Bern 6

Bern, 24. Februar 2011

Vernehmlassung zur Änderung des Bankengesetzes (too big to fail, TBTF)

Sehr geehrte Frau Direktorin

Der Gemeinderat dankt Ihnen für die Gelegenheit, sich im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens betreffend Änderung des Bankengesetzes (too big to fail) äussern zu können.

Er begrüsst die Absicht des Bundesrats, die Grossbanken als bedeutende Akteure im Finanzsystem durch die „too big to fail“- Regeln weniger krisenanfällig zu machen. Die bundesrätlichen Vorschläge gehen nach Auffassung des Gemeinderats allerdings zu wenig weit. Der Gemeinderat schlägt in diesem Sinne folgende Anpassungen vor:

- **Höhere und klar bezifferte Eigenmittelanforderungen (Zielgrösse 10 Prozent):** Die vorgeschlagene Eigenmittel-Limite ist zu tief angesetzt. Eine zweite Finanzkrise könnte damit nicht bewältigt werden.
- **Einschränkung Eigenhandel:** Die gefährlichsten Risikopositionen haben Investmentbanken vor der jüngsten Krise häufig im Eigenhandel aufgebaut. Diese Aktivitäten sind volkswirtschaftlich nicht notwendig. Die Geschäfte mit Wertpapieren, Derivaten und Devisen auf eigene Rechnung sind zu verbieten soweit sie nicht für die klassische Investmentbanking-Tätigkeiten (Platzierung von Anleihen für Kunden etc.) notwendig sind.
- **Abgeltung der faktischen Staatsgarantie:** Solange der Staat weiterhin das Risiko für die Grossbanken tragen muss, soll dies abgegolten werden. Vom Bundesrat zu prüfen ist - analog zum Konzept der Financial Responsibility Fee in den USA - eine Abgabe von beispielsweise 0,15 % der Bilanzsumme abzüglich Eigenmittel und Co-cos. Das Geld würde einen Fonds äufnen, der im Krisenfall für die Einlagensicherung verwendet werden könnte.
- **Beibehaltung Emissionsabgabe:** Die vorgeschlagene Abschaffung der Emmissionsabgabe ist als kontraproduktiv abzulehnen - sie würde die Finanzspekulation

und das Schuldenmachen der Banken zusätzlich anheizen. Zudem wären damit massive Einnahmeneinbusse der öffentlichen Hand verbunden.

- **Grössenbeschränkung als Ultima Ratio:** Wenn es nicht gelingt, den Finanzplatz zu einem Aufbau von genügend Eigenmittel und Wandelschulden zu verpflichten, bietet sich als einzige Alternative noch eine direkte Grössenbeschränkung bzw. Aufspaltung der Grossbanken an. Ob das geeignete Kriterium dazu der Marktanteil oder die Grösse der Bankbilanz im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt ist, müsste im Detail noch geprüft werden.

Der Gemeinderat dankt Ihnen für die Berücksichtigung seiner Anliegen.

Mit freundlichen Grüssen



Alexander Tschäppät
Stadtpräsident



Dr. Jürg Wichtermann
Stadtschreiber